https://www.gen-ethisches-netzwerk.de/node/3679

Gen-ethischer Informationsdienst

Vor 30 Jahren ...

Dokumentation: Europaparlament gegen Freisetzung

Dokumentation: Europaparlament gegen Freisetzung

Aus GID 22, April 1987

Brüssel (GeN/g.id.) -Nach einer kontroversen Debatte hat das Europäische Parlament im Februar zwei Berichte zur Biotechnologie verabschiedet. Der Berichts-Entwurf der holländischen Sozialistin Philli Viehoff befaßte sich mit den biotechnologischen Forschungsprogrammen der EG. Der Europa-Abgeordnete Gräfe zu Bahringdorf (Grüne) legte einen Entwurf über Biotechnologie in der Landwirtschaft vor. In beiden Berichten wird vor der Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen in die Umwelt gewarnt. Das Parlament forderte bis zur Verabschiedung verbindlicher Sicherheitsrichtlinien ein Verbot derartiger Experimente. Während der Schlußabstimmung stimmten die konservativen Parteien gegen den Bericht, die Regenbogenfraktion enthielt sich der Stimme. Konservative und Sozialisten sprachen sich gemeinsam für die künftige Patentierbarkeit gentechnisch veränderter Mikroorganismen aus. Der Bericht wurde mit den Stimmen der Sozialisten und Kommunisten angenommen. Generell befürwortete das Europaparlament die verstärkte Nutzung gentechnischer Produkte und Verfahren in der Landwirtschaft. Entsprechend seien Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen zu erhöhen. Dabei müsse im Bereich ,,nachwachsender Rohstoffe" dieVerbindung zwischen Industrie und Landwirtschaft intensiviert werden. Gewarnt wird vor den Gefahren der genetischen Erosion, sozialen und geopolitischen Auswirkungen des Einsatzes der Gentechnik in der Landwirtschaft, ihren konzentrationsfördenden und ökologisch bedenklichen Auswirkungen. Die tiermedizinische Forschung habe die Integrität der einzelnen Individuen, Arten und Rassen zu respektieren, heißt es in den Beschlu?ssen des Parlaments. Vielversprechende Vorhaben im Bereich des Umweltschutzes sollten zwar verstärkt gefšrdert werden, allerdings warnte das Parlament zugleich vor der gefährlichen Illusion, Umweltschutz ließe sich durch eine Art biotechnischer Umweltreparatur ersetzen. Die Europäische Gemeinschaft wurde aufgefordert, die Bevölkerung umfassend zu informieren und die Forschungsausgaben zu erhöhen. Gelder sollten allerdings nur für Projekte ausgegeben werden, die keine kommerziellen Ziele verfolgen. Die Entscheidungs- und Bewertungsgremien der EG müssten frei von privatwirtschaftlichen Interessen sein und auch mit Vertretern von Bu?rgerinitiativen und Selbsthilfegruppen von Betroffenen besetzt werden. Militärische Forschung jeder Art wird ausdrücklich abgelehnt. (...)

Informationen zur Veröffentlichung

Erschienen in:
GID Ausgabe 242 vom August 2017